



---

UNIVERSITÄTSLEHRER-  
VERBAND  
DER UNIVERSITÄT WIEN

Nicht ohne gute Wünsche

Der Senat im Scheinwerfer: Interview

Protestbewegung: Schon im Rückspiegel?

Aus dem Senat

Der Kassier – mit Zuckerl

Lichtblick: Wahlergebnis

## EDITORIAL

---

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ein sehr turbulentes Jahr neigt sich dem Ende zu – das Jahr vergeht zwar, aber die Turbulenzen bleiben! Aber immerhin Die beinahe unendliche Geschichte namens Kollektivvertrag hat ein gutes Ende gefunden, der Kollektivvertrag ist in Kraft, eine UG-Novelle (kein großer Wurf so nebenbei gesagt) ebenso. Von der Audi-Max Besetzung bis zu den schier unglaublichen Arbeitsbedingungen für manche KollegInnen und allgemein dem Umgang mit dem Personal, sowie der infrastrukturellen Ausstattung, bleiben aber noch genug Aufgaben, die anzupacken sind. Wer wo und wann was anpackt steht leider in den Sternen und daher dürfen wir nicht aufhören an den Dingen dran zu bleiben und Druck zu machen! Wichtig dabei ist natürlich das geschlossene Auftreten derer, denen die Arbeitsbedingungen et al. nicht vollkommen egal sind. Wichtig ist aber auch die Kommunikation, die an unserer Universität leider noch immer stiefmütterlich behandelt wird. Und wichtig ist auch, dass wir Ihre Rückmeldungen über Missstände und Probleme bekommen, um mit geballter Kraft dagegen ankämpfen können! Wichtig ist schließlich auch, dass sich möglichst viele KollegInnen für die gemeinsame Sache engagieren! Daher möchte ich an dieser Stelle zum Mitmachen aufrufen – ein einfaches Mail oder ein Anruf genügt!

Unlängst fanden die Wahlen der Personalvertretung (für die beamteten Bediensteten an der Uni) im ZA statt. Dabei hat der ULV bundesweit sechs der sieben Mandate erreicht! Ein tolles Ergebnis, das zeigt, dass sich solide und problemzentrierte Arbeit im Interesse der Uni-Bediensteten lohnt. An unserer Uni hat der ULV übrigens auch die erste Stelle erreicht. Dafür möchte ich mich bei den KollegInnen für ihr Vertrauen bedanken und gleichzeitig den ULV-VertreterInnen für Ihren unermüdlichen Einsatz Dank sagen.

Im nächsten Jahr stehen auch wichtige Entscheidungen an: im Mai wird der Senat neu gewählt (ist nach der UG-Novelle erforderlich) und im Herbst stehen die Wahlen zum Betriebsrat der Universität Wien an.

Ein mir ganz wichtiges Anliegen ist es, den ULV-VertreterInnen, die unzählige Stunden im Interesse der gemeinsamen Sache für die Kollegenschaft aufwenden, ganz herzlich dafür zu danken! Gleichzeitig möchte ich auch aufrufen weiter mit dabei und dran zu bleiben, und sich für die Zukunft unserer Arbeitsstätte „Universität Wien“ und alles was dazu gehört einzusetzen.

Ihnen liebe Kolleginnen und Kollegen möchte ich aus ganzem Herzen ein frohes Weihnachtsfest und alles Gute für das kommende Jahr wünschen!

Ihr  
Günter Trettenhahn

## Interview mit dem Vorsitzenden des Senats, Univ.-Prof.Dr.Helmut Fuchs

*UL-Info: Herr Vorsitzender, war es der Reiz des Amtes oder Pflichtgefühl, das Sie das Amt hat antreten lassen?*

**PROF. FUCHS:** Eher Pflichtbewusstsein, weil es ja ein erhebliches Opfer von Forschung und Lehre bedeutet. Aber das Pflichtbewusstsein ist durch meine Überzeugung genährt, dass wir die Autonomie leben müssen.

Mir ist aber auch sehr schnell bewusst geworden, dass das Amt interessante Kontakte über die eigene Fakultät hinaus eröffnet. Ich lerne andere Probleme kennen und empfinde das für mich selbst als Bereicherung.

*UL-Info: Wie schätzen Sie die Operationalität des Senates ein?*

**PROF. FUCHS:** Grundsätzlich kann ich bemerken, dass die Kooperation der Kurien gut funktioniert. Meiner Erfahrung nach hängt aber die Operationalität eines Organs unabhängig von seiner Zusammensetzung an den Personen! Und darauf wird es wohl auch in Zukunft ankommen, wenn der Senat sich etwas anders zusammensetzt. Nicht das Kräfteverhältnis zwischen den Gruppen, sondern die Zusammenarbeit ist entscheidend. Das ist auch ein Grund dafür, warum ich für einen möglichst kleinen Senat eintrete, der intensiv kooperiert. Dabei spielt auch eine Rolle, dass nicht Fachbereichsvertreter zusammenkommen, die ihre Sicht der Dinge und Anliegen einbringen, sondern vielmehr als Senatoren etwas in die Fakultäten und Zentren tragen!

*UL-Info: Sehen Sie für die Rolle, welche der Senat in der Universität spielt, Ver-*

*besserungsmöglichkeiten?*

**PROF. FUCHS:** Wenn Sie damit die Aufgaben meinen, welchem dem Senat zufallen, dann muss ich wohl bedauernd feststellen, dass die Aufgaben des Senats durch die jüngste Novelle des Universitätsgesetzes neuerlich beschnitten worden sind.

Ich hingegen glaube, dass der Senat mehr dürfen muss! Seine gesetzlich definierten Handlungsmöglichkeiten müssen natürlich beachtet werden. Aber ich erkenne und unterstütze auch einen seinen informellen Einfluss, welcher über die förmlichen Möglichkeiten deutlich hinausreicht

*UL-Info: Wie steht es um die Kooperation mit den anderen maßgeblichen Organen?*

**PROF. FUCHS:** Die Aufgaben des Senats sind so definiert, dass sich keine allzugroßen Notwendigkeiten ergeben. Das betrifft das Rektorat etwas weniger als den Rat. Da der Senat eine wichtige Kommunikationsfunktion zu den Fakultäten und Zentren zu erfüllen vermag, scheint es mir angeraten, dass das Rektorat die Zusammenarbeit mit dem Senat sucht. Der Senat ist einfach ein gewisser Gegenpol gegen das Management, durch welches sich das Rektorat auszeichnet, was allerdings, wie ich betonen möchte, auch notwendig ist.

Die Kontakte zum Universitätsrat sind gut – aber das liegt zum wiederholten Mal auch an den Personen: Und ich habe mit dem Ratsvorsitzenden Kothbauer eine gute Gesprächsbasis gefunden. Das ist nicht ganz unwichtig, weil ja die politische Gestaltbarkeit eher beim Rat

und kaum beim Senat angesiedelt ist. Der Senat kann und wird diesbezüglich nicht sehr initiativ sein können. Würde er es dennoch sein wollen, wäre das eine heikle Frage und könnte nur über den Rat transportiert werden.

In diesem Sinn ist dann natürlich die Kooperation von Rat und Rektor weitaus wichtiger.

In meiner Wahrnehmung ist die Harmonie zwischen den maßgeblichen Organen wichtig, aber an der Universität auch gegeben.

Ein besonderer Fall sind die Studierenden, weil natürlich die ersten Ansprechpartner dieser Gruppe deren gewählte Vertreter sind, auch wenn in der gegenwärtigen Situation sich andere zu Wort melden. Nicht dass ich mich nicht mit deren Forderungskatalog befasse, aber der allfällige Kontakt kann nur ein informeller sein.

*UL-Info: Wie sehen Sie die Zukunft der Universitätspolitik insgesamt? Orten Sie einen Bedarf an Reform der Reformen?*

**PROF. FUCHS:** Ich möchte hier vor allem die eher einheitliche Position des Senats hervorheben! Diese wiederum bezieht sich, seinen Funktionen gemäß, auf Forschung und Lehre, und – und das ist im Hinblick auf den Reformprozess bei den Studien wichtig – auf das Konzept der „forschungsgeliteten Lehre“.

Von den Problembereichen betrifft den Senat vor allem jener der Studienpläne. Darin liegt ja ein Schwerpunkt seiner Tätigkeit.

Der Befund ist ganz eindeutig, dass die universitäre Bildung einer gewissen Verschulung unterliegt. Hier sind zumal die politischen und letztlich die gesetzlichen Vorgaben zu stark. In den neu eingerichteten Bakkalaureatsstudien schlägt sich das in einer Überfrachtung nieder, die

allerdings auch „hausgemacht“ ist, weil die Fachvertreter nicht gerne zurückschicken und ihre Gebiete in die Curricula gerne hineinreklamieren.

Das ist übrigens eine große Herausforderung an den Senat, denn er müsste zur Hintanhaltung dieser Entwicklung eventuell Vorgaben an die Fachbereiche herantragen.

*UL-Info: Geht es also um einen offensiveren Senat?*

**PROF. FUCHS:** Nein, ich wäre da vorsichtig: Man könnte das im Prinzip zwar probieren, aber eine solche Strategie stellt die jetzt bestehende Kohärenz des Senats sicher auf die Probe mit der unweigerlichen Konsequenz, dass die konstruktive Arbeit gestört wird – denn die Offensive würde die unterschiedlichen Präferenzen bzw. Ansichten doch deutlich zu Tage treten lassen, was bei der Sachpolitik unter definierten Rahmenbedingungen eben nicht so der Fall ist. Im Übrigen könnte es sehr wohl sein, dass die künftige geänderte Zusammensetzung in dieser Richtung auch Veränderungen mit sich bringt

*UL-Info: Das ist ein gutes Stichwort zur Frage nach einer Reform der Reform?*

**PROF. FUCHS:** Ich bin kein Anhänger namentlich der zuletzt in Kraft gesetzten Reformen. Das bezieht sich auch auf das mit dem UG 2002 eingeführte Dienstrecht. Ich bin unter anderem der Auffassung, dass die Vorgaben für die Universitäten durch die Gesellschaft erfolgen müssen und nicht unter dem Deckmantel der Autonomie auf die Universitäten geschoben werden dürfen.

Zugleich ist es aber wichtig wahrzunehmen, dass die Universitäten deshalb gut funktionieren, weil sie informelle Strukturen zu nützen wissen. Es ist ein Akt

der Klugheit seitens einer Universitätsleitung, das auch zuzulassen.

In diesem Zusammenhang stehe ich aber nicht an darauf hinzuweisen, dass die Kritik seitens des Senats durchaus gefordert ist – was aber nicht als Befürwortung einer stärkeren politisch gestaltenden Rolle verstanden werden darf: Diese vermag er nicht zu erfüllen.

Es ist aber vor allem so, dass gewisse Probleme in der Verwaltung die Diskussion bezüglich von Forschung und Lehre nicht dominieren sollte – und der Hinweis darauf fällt dem Senat durchaus zu.

*UL-Info: Was tut der amtierende Vorsitzende des Senats am liebsten, wenn ihn*

*die Aufgaben seines Amtes nicht festhalten – und inwieweit vermag er andere Dinge zu tun?*

**PROF. FUCHS:** Nun, für den Besuch der Oper, zuletzt des Ringes der Nibelungen, kann ich die Zeit noch erübrigen, und genieße das natürlich sehr. Aber wie ich schon eingangs gesagt habe, empfinde ich die fehlende Zeit für die Beschäftigung mit meinem Forschungsgegenstand und für die Lehrtätigkeit als erhebliches Opfer.

*UL-Info: Ich danke für dieses Gespräch.*

*Das Gespräch führte Wolfgang Weigel als Redakteur der ULV*

## Blick in den Rückspiegel

Betrachten wir den Streik als eine Reise ins Ungewisse, und wir sitzen im Bus dorthin. Wir, das ist eine heterogene Reisegruppe aus Studierenden, Lehrenden, Universitätspolitikern, aber eigentlich auch der gesamten Bevölkerung, die von den Ergebnissen der Universitäten direkt oder indirekt profitieren. Ein Rückblick ist noch lange nicht möglich, da ein Ende der Reise nicht absehbar ist. Aber ein Blick in den Rückspiegel ist stets notwendig, um die Fahrt nach vor sicher weiterführen zu können. Was zeigt unser Rückspiegel? Zunächst: jeder wird abhängig von seinem Sitzplatz anderes sehen.

Die Studierenden, die den Streik initiiert und weiter getragen haben, können mit

Recht von sich behaupten, eine neue Vorreiterrolle eingenommen zu haben. Vorreiter in Sachen Kommunikation und Bildung sozialer Gruppen und Bewegungen fernab althergebrachter Pfade. Die angewandten Mittel der modernen Verständigung haben ihre Idee bis über die Grenzen hinaus getragen und eine internationale Mobilisierung bewirkt. Und sie haben vielleicht das Wichtigste des Streiks bewirkt: Bildung ist wieder Thema!

Bildung wird diskutiert, in den Medien wird ihr Platz gegeben. Und wer immer behauptet, die Jugend von heute hätte kein Interesse an Politik und aktiver Mitarbeit, der wird eines Besseren belehrt!

Die Lehrenden und Forschenden, die

den Streik unterstützen, haben durch die mediale Aufmerksamkeit endlich die Möglichkeit, ihre langjährigen Forderungen nach verbesserten Arbeitsbedingungen öffentlich zu artikulieren. Auch diesmal, wie bei früheren Streiks und Aufbegehren gegen Neustrukturierungen und Umgestaltungen durch das Bundesministerium, bilden sich neue Gruppierungen und Initiativen. Trotz streng hierarchischer Organisationsstrukturen und Abschaffung der selbstverwaltenden Mitbestimmung leben Motivation und Kraft mitzubestimmen und die Universität mitzugestalten!

Noch etwas erlebt eine Wiederauferstehung: Die Solidarisierung. Längst tot geglaubt im Zuge von Kapitalismus und Orientierung an Eigeninteressen, gibt es kaum eine Streikmeldung, die nicht eine Solidarisierung mit den Studierenden enthält. Fast alle an den Universitäten engagierten und etablierten Gruppen erklären sich mit den Besetzern solidarisch. Aber ist es Solidarität im eigentlichen Sinne?

Die Analyse der Ausgangslage ist bei allen, die sich zu Wort melden, identisch und unterscheidet sich, wenn überhaupt, nur in Nuancen.

Allerdings sind die Lösungsvorschläge so konträr, dass von einem gemeinsamen Weg nicht die Rede sein kann. Viele springen auf den fahrenden Zug auf, benutzen die Aufmerksamkeit für ihre Belange, die den Besetzern ja genau in die entgegengesetzte Richtung gehen. Es gibt nur eine Solidarisierung bezüglich der Analyse der Vergangenheit, teilweise mit den Ursachen, sicherlich nicht aber der Lösung. Budgetaufstockungen fordern alle, aber allein die geforderten Geldquellen liegen diametral auseinander.

Steuergeld aus dem allgemeinen Budgettopf versus Studiengebühren! Einigkeit herrscht bei der Forderung, dass die Teilnehmerzahl pro Kurs gesenkt werden soll. Lösungsvorschläge: mehr Lehrende versus weniger Studierende! Die Liste ließe sich fortsetzen, kaum eine Forderung findet eine einhellige Lösung.

So ist zu befürchten, dass Gruppen, die sich offiziell solidarisiert haben, jetzt gegen die Interessen der streikenden Studierenden agieren. Da erstere an hierarchisch mächtiger Stelle sitzen, untereinander perfekt vernetzt (und inoffiziell abgestimmt?) sind und mit einer Stimme sprechen, können sie schlussendlich wesentlich mehr erreichen als die spontanen und ursprünglichen Aktivisten. Und vor allem: Sie erreichen genau die gegenteiligen Forderungen! So steht zu befürchten, dass die Streikbewegung genau das Gegenteil ihrer Forderungen „erreicht“ hat: Studiengebühren, Zutrittsbeschränkungen, Auswahlverfahren sind aktueller denn je!

Ein weiteres Problem des Streiks ist, dass es kein Streik der Herzen ist: Zunächst die Tatsache, dass viele eher nüchternen versuchen, so viel wie möglich für sich herauszuholen, und die Bewegung für sich ausnützen. Weiters, dass zumindest die gleiche Anzahl Studierender und Lehrender dem Streik skeptisch gegenüber steht und tatsächlich gegenteilige Lösungsvorschläge präferiert. Diese Gruppe ist in den Medien nicht so sehr präsent, sie verwendet die neuen Kommunikationsmittel aber ebenso effektiv und agiert hinter den Kulissen sehr zielorientiert, klar und in der Sprache der traditionellen Politiker verständlich. Zuletzt die doch sehr starke ideologische Prägung der Streik-Teil-

nehmerInnen, die sich u.a. darin äußerte, tatsächlich solidarisierenden, aber weltanschaulich anders denkenden Gruppen abzuraten sie im Audi Max zu unterstützen! Auch fehlt die Offenheit zu alternativen Lösungen und Kompromissen, die aber eine politische conditio sine qua non darstellen.

Die Solidarisierungsfronten sind längst aufgebrochen, auch wenn es die Streikenden nicht wahrhaben wollen. Die spät Zugestiegenen sind im Begriff, die initiierte Reisebewegung zu überholen bzw. den Bus in die Gegenrichtung zu lenken! Es bedarf daher jetzt eines Blickes durch die Frontscheibe, wohin es tatsächlich gehen soll. Dieser Punkt ist viel schwieriger als die Analyse. Die Streikenden haben sich in Positionen einzementiert, die sich großteils auf Budgeterhöhungen stützen. Aber genau darin kann man das Hauptproblem sehen, dass nichts passieren wird.

Die Zielformulierungen dürfen nicht nur auf Geld gerichtet sein. Gerade die, die gegen Ökonomisierung der Bildung sprechen, sind soeben im Begriff, die Erfolge der bisherigen Aktionen durch die Forderung nach (unrealistischen) Budgeterhöhungen zu vernichten. Geld ist ein wesentlicher Punkt, aber es fehlt seit langem, das wäre kein Grund, gerade jetzt so eine Aktion zu starten. Geld wollen alle: Pensionisten, das Gesundheitssystem, die Kindergärt-

nerInnen und Sicherheitskräfte, Banken – manche bekommen es, manche nicht. Diese Budgetverteilungen sind durch politische Präferenzen bestimmt und können nur durch Nationalratswahlen verändert werden. Eine weitere Diskussion ums Geld führt nur in eine Sackgasse (Beispiel: Die erfolglose ORF-Diskussion „Im Zentrum“, die sich seit Erhebung der Forderung nach höherem Budget nur mehr im Kreis drehte).

Die ebenso wichtigen Strukturveränderungen innerhalb der Universitäten, die keine oder nur wenige budgetäre Mittel verbrauchen, werden sträflich vernachlässigt – was kostet zum Beispiel mehr Mitbestimmung auf fakultärer Ebene? Umsetzung jedenfalls sofort möglich, keine Gesetzesänderung nötig.

In seiner Reparaturwerkstatt (homepage) erarbeitet der ULV seit langen konstruktive Vorschläge zur Verbesserung an den Universitäten. Kurz, prägnant, effizient und leistbar. Sie zielen aber nicht effektheischend auf eine kurzfristige mediale Show, sondern auf langfristige Verbesserungen des gesamten universitären Systems.

Wählen Sie den ULV als Ihren Reisebegleiter!

*Michaela Schaffhauser-Linzatti,  
Stv. Vorsitzende*

## Aus dem Senat

### **VORBEMERKUNG:**

In seiner Sitzung am 19. November 2009 hat sich der Senat eingehend mit den gegenwärtigen Studierendenprotesten befasst. Die Diskussion berührte alle universitätspolitischen Themen, insb. im Bereich der Studienbedingungen, die in den letzten Wochen Gegenstand von Kritik waren. Sie verlief zwischen den Vertreterinnen und Vertretern der einzelnen Gruppen harmonisch und im Ergebnis sehr konstruktiv. Wir hielten einhellig fest, die Hauptursache der Proteste in einer Unterfinanzierung der Universitäten zu sehen, die insb. zur drastisch gestiegenen Zahl der Studierenden in einigen Fächern in krasserm Missverhältnis steht, und dass eine ausreichende Finanzierung durch die Bundesregierung nach Maßgabe der anzubietenden Studienplätze gefordert werden muss. Darüber hinaus will sich der Senat in der nächsten Zeit schwerpunktmäßig mit Problemen einzelner Studiengänge befassen. Einstimmig wurde folgende Erklärung beschlossen:

**Erklärung  
des  
Senats der Universität Wien  
vom 19. November 2009  
zu den gegenwärtigen  
Studierendenprotesten**

*Der Senat der Universität Wien begrüßt die Diskussion über eine nachhaltige Hochschulstrategie, wie sie durch die gegenwärtigen Studierendenproteste ausgelöst wurde. Die Kritik der Studierenden an der Qualität der Studienbedingungen ist berechtigt. Ihr Grund liegt in der völlig unzureichenden staatlichen*

*Finanzierung der öffentlichen Universitäten, die trotz größter Anstrengungen der Leitungsorgane und sämtlicher Lehrender keine angemessene Betreuung der gestiegenen Studierendenzahlen mehr zulässt. Die an die österreichische Bundesregierung gerichtete Forderung nach einer Beseitigung dieser Unterfinanzierung ist daher mit Nachdruck zu unterstützen.*

*Der Senat zögert dennoch nicht, auch kostenneutrale Wege zur Behebung allfälliger Defizite zu suchen. Er ist der Ansicht, dass die administrative Unterstützung des Lehrwesens verbesserungsbedürftig ist und hält es für wahrscheinlich, dass einzelne Studiengänge überreguliert sind. Die Curricularkommission wird beauftragt, gemeinsam mit weiteren Mitgliedern des Senates die Curricula in den kommenden Monaten schrittweise zu evaluieren, sodass Lehrende und Studierende gemeinsam an Lösungen arbeiten können.*

Außerdem meinten die Senatsmitglieder, dass die schlechten Betreuungsrelationen, die in einigen Studiengängen bestehen, sowohl Studierenden als auch Lehrenden zumutbar sind. Eine Verbesserung ist mit dem gegenwärtigen Universitätsbudget nicht zu leisten, insb. auch deshalb, weil es nicht zu Lasten der Forschung, des Personals oder der administrativen Unterstützung der Lehre gehen darf. Es ist daher notwendig, konkrete finanzielle Forderungen an die Bundesregierung zu richten. Auf Grund gründlicher Vorbereitungsarbeiten gelang es, gleich in der Sitzung



einstimmig folgende Erklärung zu formulieren:

**Gemeinsame Erklärung  
von Senat, Rektorat und des  
Vorsitzenden des Universitätsrats  
der Universität Wien**

*Die Leitungsorgane der Universität Wien begrüßen die Diskussion über eine nachhaltige Hochschulstrategie, wie sie durch die gegenwärtigen Studierendenproteste ausgelöst wurde. Die öffentlichen Universitäten haben den gesetzlichen Auftrag, wissenschaftlich zu bilden, für Berufe zu qualifizieren und damit einen Beitrag zur Lösung der gesellschaftlichen Herausforderungen des Landes zu leisten. Dies ist eine hohe Verantwortung für die Zukunft. Die Universitäten können ihr nur gerecht werden, wenn die Öffentlichkeit und mit ihr die politisch Verantwortlichen sie mittragen.*

*Die den Österreichischen Universitäten zugewiesenen öffentlichen Mittel haben in den letzten Jahren nicht annähernd mit dem starken Zuwachs der Zahl der Studierenden aus dem In- und Ausland und dem Bedarf für deren qualitätvolle Betreuung Schritt gehalten. Trotz größter gemeinsamer Anstrengungen aller Lehrenden und Studierenden ist die Situation in vielen Fächern nicht mehr vertretbar. Dass dies die Universität Wien besonders betrifft, ist an zahlreichen berechtigten Klagen über die Studienbedingungen zu erkennen, wie es auch die Besetzung des Audimax gezeigt hat.*

*Die Bundesregierung wird daher aufgefordert, das Universitätsbudget möglichst*

*bis 2015 kontinuierlich auf 2 % des BIP zu erhöhen. Die Universität Wien orientiert sich am Grundsatz des freien Studienzugangs, wie er derzeit gesetzlich normiert ist. Sie muss daher bei der Politik darauf dringen, dass man ihr die Wahrnehmung ihrer Aufgaben in Forschung und Lehre nach europäischen Standards ermöglicht. Dabei sind die Universitäten nach Maßgabe jener Studienplätze zu finanzieren, deren Angebot man von ihr in den verschiedenen Studienrichtungen erwartet. Nur so wird die Universität Wien in der Lage sein, ihre Aufgaben auch in Zukunft zu erfüllen.*

**NACHSATZ:**

Die beiden Beschlüsse zeigen, dass der Senat auch in schwierigen Situationen nach konstruktiven Lösungen sucht, die von allen Universitätsangehörigen gemeinsam mitgetragen werden. Als höchstes Repräsentationsgremium aller Universitätsangehörigen hat er sich damit als wichtiges Diskussions- und Beschlussforum über aktuelle Themen und universitätspolitische Anliegen erwiesen. Die Zusammenarbeit mit dem Rektorat und dem Universitätsrat sichert dem Senat, damit aber auch der Universität Wien insgesamt, nach außen eine starke Stimme. Die Angehörigen der Universität Wien können sicher sein, dass die von uns angesprochenen Sachthemen in den aktuellen Hochschuldialog eingebracht werden.

*Gabriele Kucsko-Stadlmayer  
Stv. Vorsitzende des Senats*

## In eigener Sache - Mitgliedsbeitrag 2010 / Rechtsschutzversicherung

### MITGLIEDSBEITRAG

Dieser Folge der **ULV**-Informationen liegt der Zahlschein für den Mitgliedsbeitrag für das laufende Jahr bei. Den Betrag können Sie im Rahmen von € 20,- bis 45,- selbst bestimmen, er ist **steuerlich absetzbar**.

Der **Universitätslehrerverband** an der Universität Wien ist **parteiongebunden**; wir erhalten keine Subventionen und finanzieren unsere Arbeit ausschließlich aus den Beitragszahlungen unserer Mitglieder. In der jetzigen hochschulpolitischen Situation gewinnt die Mitwirkung in auf freiwilliger Mitgliedschaft beruhenden Vereinigungen zunehmend an Bedeutung.

Durch Einzahlung des Mitgliedsbeitrages können Sie ohne weitere Formalitäten Mitglied unseres Verbandes werden. Sie unterstützen damit unsere Tätigkeit und gewinnen eine Plattform für Ihre eigenen Anliegen.

### BERUFSRECHTSCHUTZVERSICHERUNG

In der Mitgliedschaft beim **ULV** ist auch eine **Berufsrechtsschutzversicherung** der *Grazer Wechselseitigen Versicherung Aktiengesellschaft* enthalten, die subsidiär wirkt, d.h. wenn und soweit der Schadenfall durch keine andere Rechtsschutzversicherung oder Interessenvertretung gedeckt ist.

Es besteht Arbeitsgerichts-Rechtsschutz gem. Art. 20 und Deckung im Arbeitsgerichtsrechtsschutz in Europa und in den außereuropäischen Mittelmeeranrainernstaaten gem. Art. 4.1, sowie Sozialgerichtsrechtsschutz gem. Art. 21 ARB 2004. Bei öffentlichrechtlichen Arbeitsverhältnissen besteht Versicherungsschutz auch für die Wahrnehmung rechtlicher Interessen bezüglich dienst-, besoldungs- und pensionsrechtlicher Ansprüche, weiters in Disziplinar-Verfahren, sowie auch für Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshofbeschwerden.

Weiters werden Kosten für die außergerichtliche Vertretung und Kosten für die Konfliktlösung durch Mediation bis € 1.000,- übernommen.

Versicherungsschutz für einzelne Mitglieder besteht frühestens 3 Monate nach Beitritt zum Universitätslehrerverband, wobei der Beitritt mittels Beitrittserklärung bzw. Erlagscheinabschnitt über die Bezahlung des Mitgliedsbeitrages nachzuweisen ist. Näheres unter <http://www.ulv.ac.at>→Rechtsschutz.

Eine Statutenänderung erlaubt es auch Angehörigen der medizinischen Universität, weiterhin Mitglied des **ULV** der Uni Wien zu sein. Damit genießen sie weiterhin den vollen Rechtsschutz und haben Zugang zur reichen Erfahrung der Personalvertretung.

*Walter Jäger, Kassier*

## **Ein großer Tag und ein großer Auftrag für den ULV mit seiner Spitzenkandidatin DDr. Anneliese Legat:**

### **GESAMT-WAHLERGEBNIS**

#### **ZENTRALAUSSCHUSS FÜR DIE UNIVERSITÄTSLEHRER/INNEN**

vom 25. und 26. November 2009

Zu vergebende Mandate: 7  
Wahlberechtigt: 5332  
Abgegebene Stimmen: 1629  
Davon gültig: 1595  
Wahlbeteiligung in %: 30,55

#### **Stimmen- und Mandatsverteilung:**

Die Liste der Parteiunabhängigen Vertretung aller Universitätslehrer/innen / **ULV**  
Stimmen 1249 = 6 Mandate

Liste Kritische Universität, FSG und Unabhängige LKU  
Stimmen 346 = 1 Mandat

Die Redaktion beglückwünscht die neu gewählten VertreterInnen und wünscht ihnen für die Erfüllung der verantwortungsvollen Aufgaben nur das Allerbeste!



UL-INFORMATIONEN  
Österreichische Post AG  
Info.Mail Entgelt bezahlt  
28425W86U  
Erscheinungsort Wien

#### Impressum

Eigentümer und Herausgeber: Verband der Universitätslehrerinnen und -lehrer an der Universität Wien

Für den Inhalt verantwortlich: Günter Trettenhahn, Institut für Physikalische Chemie, Zimmer: 2245, 1090 Wien, Währinger Straße 42,

Tel.: 4277-551 10, FAX: 4277 – 9551, E-Mail: guenter.trettenhahn@univie.ac.at

Redaktion und Anzeigen: Wolfgang Weigel, p.A. Institut für Volkswirtschaftslehre, Hohenstaufengasse 9, 1010 Wien,

Tel.: 4277 374 42, FAX 4277 9374, E-Mail: wolfgang.weigel@univie.ac.at

Bankverbindung: PSK mit der KontoNr. 7.275.223

Erscheinungsort ist Wien

Offenlegung nach dem Mediengesetz

Medieninhaber: Verband der Universitätslehrerinnen und -lehrer an der Universität Wien

Vorsitzender: Günter Trettenhahn, Wien, Kassier: Walter Jäger, Wien; Schriftführer: Wolfgang Weigel, Wien

Grundlegende Richtung: Förderung der Vereinsziele, insbesondere der kulturellen, wissenschaftlichen, standespolitischen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen der UniversitätslehrerInnen an der Universität Wien. Organisatorische Mitteilungen.

*Die Redaktion entbietet ihre Wünsche  
für Wohlergehen und Erfolg im Neuen Jahr!*